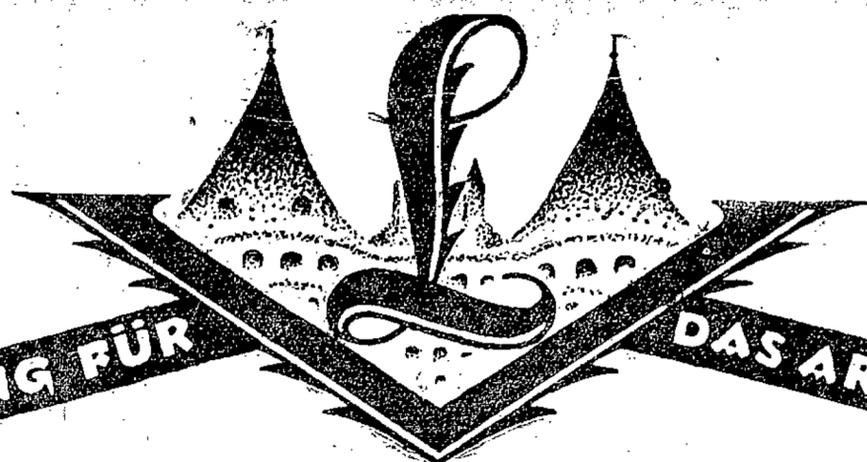


Der „Lübeker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 24 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achte Spaltene Seite oder deren Raum 7,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mark, Reklamen 36,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46, Fernruf 920.



Lübeker Volksbote

Nummer 171.

Dienstag, den 25. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Der Kampf mit Bayern.

Regierung, werde hart!

SPD. Berlin, 24. Juli. (Drahtbericht.)

Der bayrische Gesandte v. Preger erschien in den vorgehenden Abendstunden beim Reichskanzler, um ihm Mitteilung von der Haltung der bayrischen Regierung gegenüber den Schutzesuchen zu machen. Der bayrische Gesandte teilt mit, daß seine Regierung eine Verordnung erlassen werde, die materiell das übernehme, was in den Schutzesuchen angeordnet werde. Ueber die Haltung der bayrischen Regierung zum Reichskriminalgesetz ließ sich der Gesandte nicht aus. Im übrigen erklärte er, daß sich die Verordnung lediglich auf die rechtsrheinischen Gebiete Bayerns, also nicht auf die Pfalz beziehen soll. Der Kanzler nahm die Mitteilung zur Kenntnis, ohne sich zu äußern. Am Dienstag vormittag wird das Reichskabinett zusammentreten, um sich mit der Lage zu beschäftigen.

Eine Konferenz der sozialistischen Fraktion des bayrischen Landtages, der sozialistischen Reichstagsabgeordneten Bayerns, der bayrischen Landeszeitung und der bayrischen Bezirksleitungen der sozialistischen Parteien hat einen Aufruf an die Öffentlichkeit gerichtet, in dem es heißt: „Jeder Versuch, die Schutzesuche, die Teile des Reichsrechts sind, für Bayern ganz oder teilweise außer Wirksamkeit zu setzen, stellt einen Verfassungsverstoß und einen Angriff auf den Bestand der politischen und rechtlichen Einheit des Reiches dar, der von der Reichsregierung wie dem Reichstag mit allen verfügbaren Mitteln abgewehrt werden muß. Die Konferenz erklärt es als Pflicht aller reichstreuen gesunden Volkstreue Bayerns ohne Unterschied der Partei, im Interesse der Erhaltung des inneren Friedens im deutschen Vaterland und des Ansehens Deutschlands vor der ganzen Welt, den Standpunkt der Reichsregierung zu unterstützen und die drohende Anarchie und Rechtsunsicherheit von Bayern abzuwehren. Die Konferenz beauftragt die hierfür zuständigen Stellen der sozialistischen Parteien, im Sinne dieser Auffassung tätig zu sein und die gesamte Bevölkerung in dem geeignet erscheinenden Augenblick zur Anteilnahme an dieser Abwehr aufzurufen. Hieraus ergibt sich für die gesamte republikanische Bevölkerung Bayerns die Verpflichtung, selbständige Organisationen in dem Maße zu unterstützen, wie sie für alle Möglichkeiten bereit zu halten.“

Die bayrische Regierung hat sich in dem drohenden Konflikt mit dem Reich die Führung aus den Händen nehmen lassen und sie den beiden Reichsparteien, der Bayerischen Volkspartei und der Mittelpartei, abgetreten. So ist der Konflikt aus dem Bereich staatsrechtlicher Ermächtigungen in den Bereich geistlicher Parteimoralität herabgeglitten, in der nicht die besonderen Kräfte der Bayerischen Volkspartei entscheiden, sondern die Deutschnationalen und der von Preußen importierte Bund der Landwirte. Diese scharfe Wendung nach rechts veranlaßte die bayrischen Demokraten, die entschlossen waren, die Regierung in allen Versuchen, mit der Reichsregierung zum Ausgleich zu kommen, zu unterstützen, zum Austritt aus der Koalition. Man stellte an sie das Verlangen, das Reichskriminalgesetz in Bayern nicht zu vollziehen, eine Zumutung, die der demokratische Minister Hamm mit seinem Austritt beantwortete.

Die Vorgänge in Bayern werden von der Mehrzahl der Berliner Blätter entschieden verurteilt. Nur die Rechtspreße, die sich bei bestimmten Gelegenheiten so oft auf Bismarck beruft, und als die einzig wahre Hüterin von deutschem „Nationalbewußtsein“ sich anpreist, vermag keine Worte über das Schreiben zu finden, das nur eine allgemeine Verurteilung wert ist. Wenn die Rechte schweigt, hat sie ihre guten Gründe; denn was zurzeit wieder einmal zum Schaden des Reiches in Bayern vor sich geht, ist der Anfang dessen, was Nichtbayern, wie Lubendorff, Traub usw., seit langem erörtern: der Abfall Bayerns vom Reich, und auf diesem Wege die Wiedergeburt der Monarchie. Klar und deutlich sagt insbesondere die Linkspreße diesen Wutstößen von rechts den Kampf an. Die „Freiheit“ schreibt: „Die Reichsregierung muß sich endlich auch in Bayern Achtung verschaffen. Ein Volk von über 60 Millionen kann nicht fortgesetzt von acht Millionen Bayern sich verhöhnen und drangsalieren lassen. Es muß sich wehren gegen eine Politik, die den Untergang des ganzen Reiches zur Folge haben muß.“

Der „Vorwärts“ schreibt: „Die Mitglieder der Reichsregierung müssen die Reichsverfassung schützen, wenn sie nicht vor den Staatsgerichtshof kommen wollen. Die Vorschriften der Reichsverfassung sind aber vollkommen klar. Würde sich die Reichsregierung damit einverstanden erklären, daß Reichsrecht durch Landesrecht gebrochen werden kann, so wäre die Verfassung von Weimar auf den Kopf gestellt und die Auflösung des Reiches die unausfällige Folge.“

Das „Berliner Tageblatt“ steht für die Haltung der Reichsregierung nur eine Nichtlinie: die Durchführung der Reichsverfassung und der Reichsgesetze. Auch die volksparteiliche „Zeit“ verweist darauf, daß jeder verfassungswidrige Kampf gegen die Anwendung von Reichsgesetzen unmöglich sein muß, da sonst die Reichseinheit nur noch ein Schatten sein könne. Ebenfalls bezeichnen die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ das Verhalten Bayerns als verfassungswidrig, während die „Tägliche Rundschau“ der Reichsregierung ein Kompromiß anempfehle und feststellt, daß eine Verschärfung der Lage durch die Haltung der bayrischen Sozialdemokratie, die mit politischen Streiks droht, eingetreten sei. „Kein Mensch denkt daran, in Bayern fremde Streiks zu injizieren! Aber im Falle der Gefahr muß die bayrische Re-

beiterchaft zeigen, daß das oft abgegebene Gelöbnis der Treue zum Reich bei ihr nicht wie bei den Herren von rechts leere Worte waren, sondern daß sie bereit ist, ihren Mann im Interesse des Volkes zu stellen.“

Reichskabinettsrat über die bayrischen Vorgänge.

M. Berlin, 24. Juli.

Auf die aus Bayern eingetroffenen Nachrichten hin, ist das Reichskabinett heute vormittag um 10 Uhr zu einer Sitzung in der Reichskanzlei zusammentreten, um sich mit den bayrischen Beschlüssen der bayrischen Regierung bezgl. ihrer Haltung gegenüber den Gesetzen zum Schutze der Republik entsprechen allerdings wohl nur formell nicht ganz den Tatsachen. Ein Beschluß der bayrischen Regierung ist nicht gefaßt, da der bayrische Ministerrat erst heute zusammentritt, um sich mit den Beschlüssen der Bayerischen Volkspartei und des Landesauschusses der Deutschen Volkspartei zu beschäftigen. Nur diese Parteibeschlüsse liegen bisher vor. Allerdings scheint die Mehrheit der bayrischen Regierung sich mit den Beschlüssen der Bayerischen Volkspartei, der die meisten Minister angehören, einverstanden zu erklären. Ihre Beschlüsse gehen dahin, das Schutzesuch nicht vom Reich, sondern durch eine eigene bayrische Verordnung in Kraft treten und nur durch bayrische Instanzen ausüben zu lassen. Diese Beschlüsse werden von der Bayerischen Volkspartei als unabhängig bezeichnet und der Ministerrat wird ihnen daher wohl beitreten. Jedenfalls hat der demokratische Minister Hamm schon deshalb seinen Rücktritt erklärt, wodurch die Demokraten aus der Koalition ausscheiden. Die heute zu fassenden Beschlüsse des Ministerrats werden erst morgen in einer Rede des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld mitgeteilt werden. Eine Mehrheit des Landtages scheint gleichfalls für die Regierungspolitik über zu sein, doch sind für morgen Entscheidungen im Landtage noch nicht zu erwarten, da infolge des Ausscheidens der Demokraten erst eine neue Koalition durch Eintritt der Mittelpartei gebildet werden muß. Für eine in einzelnen Punkten erforderliche Zweidrittelmehrheit sind noch die Beschlüsse der Bayerischen Bauernpartei abzuwarten, die erst heute fallen und die durch Minister Fehr, der nach Bayern gereist ist, beeinflusst werden können. So muß auch wohl mit Landtagsneuwahlen gerechnet werden. Auch die Haltung der Sozialdemokraten, die zum Generalstreik und anderen Kundgebungen rufen, wird der Landtag in Erwägung ziehen müssen. Man muß die Weiterentwicklung daher noch abwarten.

Graf Fehr noch in München.

M. München, 24. Juli.

Hier verlautet, daß Graf Fehr vorläufig auf seinem Posten verbleiben wird, bis die Lage in Berlin geklärt ist.

Warnungen Nordbayerns an München.

M. Nürnberg, 25. Juli.

Einundzwanzig in Nürnberg versammelte nordbayrische Bürgermeister haben in einer nachmittags stattgefundenen Besprechung das folgende Telegramm an den Ministerpräsidenten und an den Landespräsidenten abgefaßt:

Einundzwanzig in Nürnberg versammelte Bürgermeister der nordbayrischen Städte stellen angesichts der Eigenart der nordbayrischen Verhältnisse an Regierung und Landtag besorgten Herzens die dringende Bitte, nichts zu unternehmen, was das Verbleiben Bayerns beim Reich gefährden und über Reich, Land und Volk schwere Erschütterungen bringen könnte. Sie bitten, heute mittag 1 Uhr eine Vertretung zu mündlicher Aussprache zu empfangen. — Als Vertretung für die Aussprache wurden bestimmt: die Oberbürgermeister Wächter-Bamberg, Dr. Luppe-Nürnberg, Dr. Wild-Fürth und Bürgermeister Dr. Zahn-Würzburg. — Der Stadtrat Nürnberg hat abends mit allen gegen die Stimmen seiner kleinsten Fraktionen, der der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei, beschlossen, an den Ministerpräsidenten und an den Landtagspräsidenten Königshauer folgendes Telegramm zu richten: „Der Stadtrat Nürnberg hält in unwandelbarer Treue zum Deutschen Reich. Er weiß sich eins mit der gesamten Bevölkerung Nürnbergs in dem Ziele, die Reichseinheit gegen alle Angriffe zu bewahren und er legt Bewahrung ein gegen eine Nichtachtung verfassungsmäßig erlassener Reichsgesetze. Er warnt Regierung und Landtag auf das dringendste vor einem Bruch mit dem Reich, der die Zerstückelung Bayerns und ein weiteres fortschreitendes Unheil für das Reich bedeuten würde.“ — Der Stadtrat erläßt zugleich an die Bürgererschaft das Ersuchen, sich trotz der begeisterten Erregung aller unüberlegten Schritte und Handlungen zu enthalten.

Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in der es sich auch mit der bayrischen Frage beschäftigte. Die Verhandlungen waren vertraulich. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die bayrische Rebellion.

Dr. L. Lübeck, 25. Juli.

Bayern hat seit dem Kriege eine sonderbare Entwicklung durchgemacht. Von allen deutschen Stämmen war Bayern am kriegsmüdesten; von allen Truppen waren die bayrischen die rebellischsten; in keiner Gegend Deutschlands lieferte die Landbevölkerung so unwillig und so unehrlich ihre Produkte ab, als zwischen Inn und Donau. Und nirgends fand der Novembersturm des Jahres 1918 einen fruchtbareren Boden als in Altbayern.

Das ist jetzt alles nicht mehr wahr! Seit drei Jahren redet ein Bayer dem andern vor, daß alles anders gewesen sei. Und — jeder glaubt es schließlich am Ende selbst.

Der Krieg? Von den Norddeutschen verloren; nur die Bayern haben ihre Pflicht bis zuletzt getan. Die Revolution? Eine Erfindung aus Berlin; durch landfremde Elemente nach Berlin übertragen. Unser lieber König? Wurde nur von den Preußen vertrieben; kein Bayer hätte ihm jemals ein böses Wortchen gesagt. Und die Zukunft? Von Bayern aus wird auf den weißen Pferden der Monarchie wieder Ordnung in Deutschland einzutreten. Bayern ist die Gesundungsquelle für das deutsche Kaiserreich der Zukunft.

Das sind die Redensarten, die der Bayer von früh bis spät, besonders zwischen den verschiedenen Maßkrügen, hört und von sich gibt. In ihrem Banne steht das gesamte bayrische Bürgertum, stehen auch die Bauern. Wer etwas anderes auch nur zu denken wagte, der ist eben kein echter Bayer, der ist so an hergelaufener Schlampe, so an dämlicher Schlampe aus Preußen oder gar aus Berlin. Und die Arbeiter, das rote Gschindl, sind nur die Kreaturen von denen Juden und Sattlergejellen, die die Republik regieren!

Dem außerbayrischen Deutschen wird solche Denungsart immer ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Solange er nicht eins in Rechnung setzt: die bayrische Rückständigkeit. Mindestens um ein halbes Jahrhundert marschieren Landvolk und Kleinbürgertum in Bayern hinter der geistigen und kulturellen Entwicklung des übrigen deutschen Volkes. Dunkle und rückwärtslose Pfaffenherrschaft und ein alle Begriffe übersteigender Biergenuß hat das im Grunde so fernige Volk auf diesem Tiefstand gehalten. Solch geistiges Niveau ist naturgemäß ein fruchtbarer Boden für politische Versumpfung. Alle möglichen Elemente bemühen sich, das bisshen scharfe Luft was hier und dort von der Revolution her noch weht, zu verpesten und zu erstickten.

Bayern wurde die Zuflucht und die Hochburg der deutschen Monarchisten; zahllose entlassene Offiziere vom General bis zum Leutnant, machten Bayern zu ihrer neuen Heimat. Und sie bestärkten die Bayern in ihrem Größenwahn; und sie bekämpften gegen die Republik, gegen die Sozialdemokraten und gegen die „anmaßende“ Arbeiterschaft. Der Komunistische Wahnsinn der Rätezeit hatte dazu das seine getan, um das bayrische Volk in hellen Haufen der Monarchie und der Reaktion in die Arme zu zwingen.

Das ist der Geisteszustand, auf dem die halb großwahnwitzige, halb kindisch-lächerliche Sonderpolitik Bayerns blüht. Wie mit einem verzogenen Kinde übte Berlin immer wieder Nachsicht. Und Bayern beteuerte auch stets seine unwandelbare Liebe und Treue zum Reich. Wer denkt dabei nicht an jene Art Frauen, die dem Ehemann stündlich von Liebe und Treue vorschwärmen, ihm dabei aber sein Leben verbittern und versäuen, in jeder Richtung zur Hölle machen?

Die Reichsgesetzgebung zum Schutze der Republik hat den fortwährenden stillen Konflikt offen ausbrechen lassen. Die Schutzesuche sind im Reichstag und Reichsrat mit großer Mehrheit angenommen worden. Bayern hat dagegen gestimmt. Das war sein gutes Recht. Nachdem sie aber Gesetz geworden sind, gelten sie auch für Bayern. Denn „Reichsrecht bricht Landesrecht“. Und Bayern muß sich entweder unterwerfen, oder aus dem Reichsverbande ausscheiden.

Die Folgen einer bayrischen Fronde wären unübersehbar, für Bayern selbst aber mindestens ebenso verhängnisvoll als für das Reich. Und wir glauben nicht, daß die bayrische Regierung ernstlich den Mut aufbringen würde, mit dem Reich zu brechen. Wahrscheinlich rechnet sie auch diesmal mit der alten Nachgiebigkeit der Reichsregierung gegenüber dem verwöhnten Münchener Rindl.

Weite Kreise in Bayern sind doch schon sehr bedenklich geworden über die Wilde-Mannes-Politik der Bayerischen Volkspartei und der Reichsparteien. Die Demokraten drehen der Regierung den Rücken und selbst der Bauernbund hält etwas Distanz. Eine Regierungskrise, vielleicht gar Neuwahlen, ziehen am bayrischen Himmel auf.

Die Reichsregierung ist in einer sehr schweren Lage. Sie möchte vielleicht ganz gern zu einer Verständigung mit Bayern kommen; besonders weil die bayerische Volkspartei die Zwillingsschwester des Zentrums ist. Die Sozialdemokratie und auch die Unabhängigen aber werden ein Nachgeben gegen Bayern niemals dulden.

Das Schußgesetz für die Republik muß auch in Bayern durchgeführt werden. Auch Bayern muß die deutsche Gesetzgebung anerkennen. Sollte die Reichsregierung gegen Bayern auch diesmal ihre alte Politik des Nachgebens anwenden, so wird sie vielleicht die bayerische Regierung vor einer Krise bewahren, dafür aber sich selbst der allergrößten Erschütterung aussetzen. An die Stelle einer bayerischen Regierungskrise träte dann eine Krise in der Reichsregierung. Wirth hat die Wahl!

Um das Deutsche Moratorium.

Die Nachrichten aus Paris lassen erkennen, daß Poincaré mit seiner vornehmlichen Befestigung der angeblichen Verschuldung Deutschlands an dem Zusammenbruch der Mark sich verkannt hat und man einen Ausweg sucht. Der offizielle „Temps“ schreibt zur Reize Poincarés nach London, Frankreich werde von der Reparationskommission ein Moratorium für die nächsten zwei Monatszahlungen verlangen. Während dieser Zeit sollten ergänzende Reformen von Deutschland verlangt werden und eine internationale Anleihe ausgegeben werden. Den Betrag dieser Anleihe sollte gestatten, Deutschland nach Verlauf des vorläufigen Moratoriums ein längeres zu gewähren. Es wäre wertlos, von der Reparationskommission schon jetzt ein abschließendes Verbot Deutschlands zu verlangen, da die Alliierten Frankreich wahrscheinlich auf dem Wege der Sanktionen nicht folgen würden. Nur durch die bezeichnete Prozedur werde es möglich sein, die Alliierten für eine Kollektivaktion zu gewinnen. Frankreich habe allerdings starke Gründe, um eine getrennte direkte und sofortige Aktion gegen Deutschland zu unternehmen. Frankreich konstatierte, daß die Kollektivmaßnahmen bis jetzt fast gar keinen Erfolg gehabt haben, und das ganze Land wünsche deshalb ein getrenntes Vorgehen, um so wenigstens eine neue Methode zu versuchen. Von der Londoner Konferenz erwartet Frankreich die Aufhebung der internationalen Schulden, ohne daß diese Aufhebung irgendeinem Beschluß Amerikas untergeordnet würde. Der Zweck der Annulierung der Kriegsschulden wäre eine Herabsetzung der Reparationslast.

In dieser widersprechenden Haltung, die zwischen Erteilung eines längeren Moratoriums und einer sofortigen militärischen Aktion hin- und her schwankt, drückt sich die ganze Ratlosigkeit des Systems Poincarés aus.

Das Londoner Programm.

Paris, 24. Juli. (W.S.)

Nach einer Mitteilung der Agentur Havas werden bei der Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré außer der Reparationsfrage noch andere Angelegenheiten zur Erörterung kommen, so das von der griechischen und der türkischen Regierung vorgeschlagene Verfahren zur Regelung der Orientfrage. Doch scheint das Problem des griechisch-türkischen Friedens in London nicht von Grund auf besprochen werden zu sollen. In der Orientfrage werde ein vorläufiger Meinungsaustausch erfolgen. Es sei indessen wahrscheinlich, daß das Problem wegen seiner zahlreichen technischen Gesichtspunkte der gründlichen Prüfung eines französischen, englischen und spanischen Sachverständigenausschusses unterbreitet werden wird. Endlich sollte der Vorschlag der englischen Regierung, der sich auf Oesterreich bezieht, erörtert werden.

996 Millionen Mk. Besatzungskosten an England.

L. U. London, 25. Juli (Telunion)

Der Schatzkanzler Sir Robert Horne berichtete gestern im Unterhaus, daß Deutschland seit dem Versailler Vertrag an England eine Summe von 996 662 000 Goldmark entrichtet habe. Dies mache gerade die Kosten der rheinischen Besatzungsarmee aus.

Die Amsterdamer Konferenz.

Die Amsterdamer Konferenz, die bekanntlich Vertreter der Gewerkschaftsinternationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der Zweiten Internationale vereinigte, hat beschlossen, eine Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands einzusetzen. Die Kommission, die am 7. August in Brüssel zu ihrer ersten Sitzung zusammentritt, wird, besteht aus folgenden Genossen: Von den Gewerkschaften Zimmer (Holland), Thomas (England) und Young (Frankreich), von der Zweiten Internationale Tom Shaw (England), Wels (Deutschland) und Bauers (Belgien), von der Wiener Arbeitsgemeinschaft Wallbank (England), Otto Bauer (Oesterreich) und Leon Blum (Frankreich). Von Genossen Wels wurde der Plan eines Weltkongresses, der Vertreter aller drei Internationales umfassen soll, in die Debatte gebracht. Nach den bisherigen Absichten ist eine Konferenz der Wiener Arbeitsgemeinschaft für den September in Karlsruhe, ein Arbeiter- und Sozialistenkongress in Hamburg für den 8. bis 12. Oktober geplant. Der Vorschlag des allgemeinen Weltkongresses soll weiter vertieft werden, wenn der Bericht der Wirtschaftskommission vorliegt.

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale tritt am 12. August in Prag zusammen.

Ein blutiger Vorfall im Harz.

SPD. Clausthal, 24. Juli. (Sig. Drahtber.)

Zu schweren blutigen Unruhen kam es am Sonntag früh etwa 5 Uhr am Bahnhof Clausthal-Zellerfeld. Die kommunistische Arbeiterjugend Clausthals hatte zu Sonntag, den 23. Juli, das Fest der Bauernweibe angelegt. Das allen umliegenden größeren und kleineren Städten kam die kommunistische Arbeiterjugend nach Clausthal, um an dieser Fußscharweise teilzunehmen. Ein kleiner Trupp junger Bauern von etwa 15 Jahren wollte früh 5 Uhr einen Ausflug in die Umgegend von Clausthal machen. Beim Vorbeimarsch am Bahnhof in Clausthal begegnete sie einem Trupp Studenten, die mit Trommeln und Pfeifen und das Lied „Heil Dir im Siegerkranz“ singend, einige ihrer Kameraden zum Bahnhof begleiteten. Es kam zu einem Wortgefecht zwischen Studenten und Arbeiterjugend. Ein Student, von Zellerfeld kommend, der jeden im Begriff war, abzureisen, schloß seine Koffer auf den Boden des Bahnhofs und kam auf die Arbeiterjugend zugeföhrt. Er verlangte die Befreiung der roten Fahne. Die Jungen widersetzten sich dem Ver-

langen des Studenten. Der Student gab zwei Schüsse ab, die jedoch Unheil nicht anrichteten. Die Jungen verlangten hierauf die Herausgabe der Waffe und forderten den Nachweis eines Waffenscheins. Der Student, der die Schußwaffe wieder beigestellt hatte, griff in die Tasche, ein Schuß krachte und ein Arbeiterjunge von 15 Jahren aus Helmünden stürzte, ins Herz getroffen, zusammen. Es sammelte sich sofort eine größere Menschenmenge an, die den Attentäter lynchte. In hoffnungslosem Zustande wurde er ins Krankenhaus gebracht. Im Laufe des Vormittags kam es zu mehreren blutigen Ausschreitungen; zwei weitere Studenten mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Attentäter war außer der Schußwaffe noch mit einem Schlagring bewaffnet.

Die sonst so ruhigen und besonnenen Arbeiter des Oberharzes sind durch diese Vorkommnisse sehr empört und fordern die Entwaffnung der Studentenschaft. In einigen Studentenkneipen drang die erregte Menge ein und warf Mützen und Degen auf die Straße. Im Hotel „Zum deutschen Kaiser“ wurden die Kaiserbilder auf die Straße geworfen.

Die neue Besoldungsregelung.

Lie am Sonntag morgen nach 16stündiger zu Ende gegangenen Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Angestellten und Arbeiter müßten einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Mit Rücksicht auf die erheblichen Preissteigerungen hatten die Gewerkschaften verlangt, zunächst nur die Gehalts- und Lohnzulagen für den Monat Juli festzusetzen, wobei als Selbstverständlichkeit unterstellt werden kann, daß die für den Monat Juli gewährten Zulagen ein Bestandteil der Bezüge der späteren Monate bleiben. Merkwürdigerweise verlangte die Regierung, erst über die für den Monat August notwendigen Zulagen zu verhandeln, um dann im Anschluß daran festzusetzen, was für den Monat Juli an Ausgleich zu gewähren sei. Mit Recht betonten die Gewerkschaftsvertreter, daß es ungewöhnlich ist, über Zulagen zu verhandeln, deren Höhe zur Stunde noch gar nicht, auch nur schätzungsweise, genannt werden kann. Es bedurfte erst stundenlangem Auseinanderlegen, um die Regierungsvertreter zu überzeugen, daß in erster Linie über die Zulagen für den laufenden Monat verhandelt werden müsse. Da nun aber die Regierungsvertreter auf einer gleichzeitigen Regelung der Bezüge auch für den Monat August bestanden, wurden die neuen Gehaltsätze für Juli und August festgelegt. Die Organisationsvertreter haben sich dabei vorbehalten, bereits wieder im August um neue Verhandlungen nachzugehen, falls die Preissteigerung in ähnlichem Tempo wie im Juli weitergeht.

Die Gewerkschaften planten ursprünglich, eine Erhöhung der Grundgehälter und -löhne vorzuschlagen, mußten aber davon absehen, weil eine Aenderung der Besoldungsgefesze während der Vertagung des Reichstages unmöglich ist und außerdem die Teuerungssaktion so rasch als möglich durchgeführt werden sollte, damit die bewilligten Mehrerträge in der denkbar kürzesten Zeit zur Auszahlung gelangen. Das erzielte Ergebnis der Verhandlungen bringt für den Monat Juli eine Steigerung der Bezüge um 24 %, im August ein Mehr von 10 % = 34 %. Demgegenüber haben die Gewerkschaftsvertreter geltend gemacht, daß allein vom 15. Juni bis 15. Juli eine Steigerung der Haushaltskosten von 30 % eingetreten und seit dieser Zeit die prozentuale Steigerung noch ungleich größer geworden ist. Daraus ergibt sich, daß auch die neueste Teuerungssaktion ganz erheblich hinter der Steigerung der Haushaltskosten zurückbleibt und deshalb auch kaum geeignet sein dürfte, Zurückdenkheit hervorzuheben. Gilt dieses für die tatsächliche Erhöhung der Bezüge, so kommt aber noch hinzu, daß die gleichzeitige Erhöhung des beweglichen Teuerungszulages die heimlichen Mehrerträge so marginal abflust, daß namentlich in der tiefmüherlich bedachten Besoldungsgruppe I die Zulage mehr als behalben ist.

Was haben nun die Gewerkschaften gefordert, und was wurde erreicht? Im Gegensatz zu früheren Bewegungen wurden keine schriftlichen Forderungen übermietet, sondern die Vertreter der sechs Spitzenverbände legten sich am 7. Juli in das Finanzministerium und eruchten um Festlegung baldiger Verhandlungen. Mit Rücksicht auf die außerpolitische Lage, insbesondere die Verhandlungen über das Moratorium, wurden die Verhandlungen bis zum 22. Juli hinausgeschoben mit der ausdrücklichen Erklärung des Finanzministers, daß dadurch eine Schädigung des Personals nicht erfolgen solle. Unter diesen Umständen mußten sich die Gewerkschaften vorbehalten, ihre Forderungen erst aufzustellen, wenn der Verhandlungsvermittler feitsch. Das ist dann auch geschehen und wurde unter Berücksichtigung des neuesten Standes der Haushaltskosten eine Erhöhung der Bezüge des als Stichmann in Betracht kommenden Beamten der Besoldungsgruppe III um 2000 Mk. monatlich und für den vergleichbaren Handwerker eine Stundenlohnzulage von 9,50 Mk. gefordert. Aus sozialen Gründen wurde vorangesetzt, daß ein erheblicher Teil dieser Gehaltszulage als sogenannter Kopfschlag, d. h. als ein für alle Besoldungsgruppen gleichmäßiger Beitrag in Anrechnung komme. Die Forderung auf Abschaffung des Kopfschlages, der zurzeit 5500 Mk. pro Jahr beträgt, wurde von den Regierungsvertretern mit dem Hinweis abgelehnt, daß Reichsregierung, Reichsrat und — mit einer einzigen Ausnahme — sämtliche Landesregierungen gegen jede weitere Abschwächung der Gehälter seien. Wollten nun die Gewerkschaften die Verhandlungen nicht scheitern lassen, so mußten sie wohl über Abfall der Erhöhung des beweglichen Teuerungszulages ohne Berücksichtigung des Kopfschlages zustimmen. Der Teuerungszulage wurde nach vielen Vorschlägen und Gegenvorschlägen für den Monat Juli auf 215 % für die ersten 10 000 Mk. Grundgehalt und Ortszuschlag und für die übrigen Gehaltssteile auf 160 % festgelegt, für August auf 240 bezw. 185 %. Dementprechend erhöhte sich auch der Teuerungszulage zu den Kinderzuschlägen für Juli auf 160 und für August auf 185 %. Die Steigerung des Teuerungszulages beträgt also für den Monat Juli 55 % und für den Monat August weitere 25 % = 80 %. Ein Beamter in der Ortsklasse A, Besoldungsgruppe III, erhält demnach für den Monat Juli eine Nachzahlung von 933 Mk. und im August eine Erhöhung seiner Bezüge um 1260 Mk. = 427 Mk. mehr als im Juli. Für den vergleichbaren Handwerker wurden auf Grund dieser Regelung errechnet eine Stundenlohnzulage für Juli von 5 Mk. für August 2,20 Mk. mehr = 7,20 Mk., wobei aber zu berücksichtigen ist, daß die Kinderzulage für den Arbeiter von 1,20 Reich pro Stunde um nur je 15 Pfg. für Juli und August erhöht wird und dadurch künftig 1,30 Reich beträgt. Im Vergleich zu den Kinderzulagen für die Beamten sind die für Arbeiterkinder erheblich niedriger. Das erklärt sich daraus, daß im Juli 40 und im August 70 Pfg. der eigentlich auf den Kinderzuschlag entfallenden Beiträge zum Stundenlohn gerechnet wurden. Die Jahresbeiträge der Kinderzulagen für die Beamtenkinder weisen im August folgenden Stand auf: für das Kind bis zum 6. Lebensjahre 6500 Mk., bis zum 11. Lebensjahre 5500 Mk. und bis zum 21. Lebensjahre 10 200 Mk. Die reine Kinderzulage für den Monat August beträgt in abgerundeten Sätzen für die genannten Altersklassen 160 Mk., 200 Mk., 250 Mk., für den Monat Juli 140 Mk., 145 Mk., 185 Mk.

Daß die oben genannten Beiträge der fortwährenden Teuerung Rechnung tragen und als Ausgleich für die geringeren Haushaltskosten gelten können, wird auch die Regierung nicht behaupten wollen. Es wird jedenfalls den Gewerkschaften außerordentlich

schwer fallen, das erzielte Resultat vor ihren Mitgliedern zu vertreten. Aus diesem Grunde ist damit zu rechnen, daß der eben beendeten Teuerungssaktion noch ehe der August zu Ende geht eine weitere folgt. Die nächste Regelung der Bezüge muß eine bessere Anpassung des Einkommens an die veränderten Haushaltskosten, gleichzeitig aber auch eine sozialere Gestaltung der Zulagen bringen.

Auszahlung der neuen Staatsarbeiterlöhne.

Berlin, 25. Juli.

Die gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium von der Regierung mit den Spitzenorganisationen geführten Beratungen über die Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne haben abends zu Abschluß geführt. Die Auszahlung der Löhne sollen mit möglichster Beschleunigung erfolgen.

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne.

SPD. Berlin, 24. Juli.

Am Dienstag beginnen in Berlin neue Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne im Ruhrbergbau. Die Lohnforderungen der vier im Ruhrbergbau vertretenen Gewerkschaften werden erst im Laufe der Verhandlungen bekannt gegeben werden. Es steht aber fest, daß eine Zulage von 60 bis 80 Mark pro Schicht verlangt werden wird. Nach der letzten Lohnregelung, die am 15. Juli in Kraft trat, erhielten die Hauer einen Schichtlohn von 250 bis 260 Mark. Wenn man bedenkt, daß eine ganze Reihe anderer Berufe weit höhere Löhne zahlen, so kann man die neuen Forderungen der Bergarbeiter keineswegs als unbedeutend ansprechen. Allerdings werden diese Lohnhöhungen auch eine Erhöhung der Kohlepreise um rund 300 Mk. pro Tonne im Gefolge haben. Man rechnet damit, daß der Verteuerung der Kohle infolge der Lohnhöhungen durch einen Abbau der Kohlensteuer entgegen gewirkt werden kann.

Neue Kohlenpreiserhöhung in Gsch.

III. Essen, 24. Juli.

Die Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen der Ruhrbergleute für August beginnen am Dienstag in Berlin. Man glaubt, daß sie zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Schon jetzt hält man es für sicher, daß die ganze oder teilweise Bewilligung der Forderungen eine beträchtliche Kohlepreiserhöhung im Gefolge haben muß. In Essen haben mittlerweile die Verhandlungen begonnen über Richtlinien zum Betriebsrätegesetz. Da Zechenverband und Arbeiterorganisation keinen guten Willen zu einer Verständigung zeigen, so dürften auch die Verhandlungen bald zum Abschluß kommen. Die Streikgefahr im Ruhrgebiet ist wiederum gebannt. Selbst die Unionisten wollen nichts mehr von einem Streik wissen.

Umwandlung des Zentrums?

Eine große christliche Partei der Mitte.

Die Reichsparteileitung des Zentrums veröffentlichte am Sonnabend einen Aufruf „Für die große christliche Partei der Mitte“. Unter anderem heißt es in dem Aufruf: „daß die „Vereinfachung und Vereinheitlichung unseres Parteiwesens“ eine Lebensfrage für Deutschland sei und daß diese Gedanken richtunggebend waren für die letzte Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Die obersten Instanzen der deutschen Zentrumspartei seien einmütig entschlossen, den grundsätzlich stets vertretenen politischen Charakter der Partei auch nach außen hin bei den nächsten Wahlen klar und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Bei kommenden Neuwahlen soll eine größere Anzahl nicht katholischer Kandidaten aufgestellt werden, ohne Rücksicht darauf, diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben. Die Zentrumspartei sei eine deutsche Volkspartei, die weder vor den Grenzen einer Konfession noch einer Klasse, noch eines Standes, noch eines Landes Halt mache. Ihre politische Arbeit gelte der Wiederaufrichtung des deutschen Volkstums in einem starken Deutschen Reich und der Erhaltung der christlichen Kulturgüter. Die Parteiorganisationen und die Parteipresse sind erlucht worden, in diesem Sinne zu arbeiten und insbesondere alles Erforderliche für die Wahrung des politischen Charakters der deutschen Zentrumspartei zu tun.“

Angeblieh sollen bei der Festlegung der vom Zentrum neu aufgestellten Richtlinien Meinungsverschiedenheiten aufgeklahrt sein. Demgegenüber wird in der Veröffentlichung der Beschlüsse des Reichsparteivorstandes und des Reichsparteiausschusses der Zentrumspartei, die sich inhaltlich mit dem in seinen wesentlichen Einzelheiten wiedergegebenen Aufruf decken, betont, daß sie „bei allseitiger Beteiligung von Vertretern aller Landesparteien einmütig gefaßt wurden“. Von Richtungskämpfen im Zentrum kann man also vorläufig nicht sprechen.

Der Parteitag der U. S. D.

Die Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie hat einstimmig beschlossen, zum Sonntag, den 1. Oktober ds. Js., einen ordentlichen Parteitag nach Göttingen einzuberufen. Die Tagesordnung, die noch nicht endgültig festgelegt ist, soll u. a. die „Einigungsfrage“ enthalten. Am Sonntag ist der Zentralausschuß der Kommunisten in Berlin hinter verschlossenen Türen zusammengetreten. Zweite Beratungen ist hauptsächlich die Ausnutzung der Einigungsbemühungen der beiden sozialistischen Parteien durch die Kommunisten.

Dollar etwa 500.

Bei Beginn der neuen Woche waren die ausländischen Zahlungsmittel an der Berliner Börse sehr heftigen Schwankungen ausgesetzt. Der Dollar, der im Vormittagsverkehr zwischen den Banken ungefähr nach der Parität des Schlusstages von New York in der Vormache gehandelt wurde, d. h. mit 523, setzte der Börse mit ungefähr 500 ein und ging zeitweilig bis auf 400 zurück. Am Schluß der ersten Börsensitzung bewegte sich der Kurs zwischen 495 und 497. Die Ursache der Abschwächung ist in der angeblichen Schwächung der französischen Politik zu suchen. Außerdem kursierten hier Gerüchte, die von einem bevorstehenden Rücktritt Poincarés wiffen wollten. Im Effektenmarkt blieb im Hinblick auf die unsicheren Devisenverhältnisse die Stimmung ziemlich lustlos. Man rechnete für heute mit einer weiteren Aufwärtsbewegung der Industriepapiere. Die Erwartung ist jedoch nicht eingetroffen. Die Geldknappheit besteht unvermindert weiter und lähmt jede Unternehmungslust.

Vom internationalen Mädchenhandel.

Aus den Erinnerungen des Kriminalkommissars v. Tressow, die dieser unter dem Titel „Von Fälschern und anderen Sterblichen“ bei Fontane u. Co. demnächst erscheinen läßt, veröffentlichen wir auszugsweise ein Kapitel, das eine der übelsten Schattenseiten der menschlichen Gesellschaft behandelt. Die übrigen Teile des Buches sind insbesondere in politischer Hinsicht recht belanglos.

Unter Mädchenhandel versteht man das Anwerben und Verhandeln von weiblichen Personen zu unsittlichen Zwecken. Es ist ein internationales Verbrechen. „La traite des Blancs“ genannt, das man bei allen Völkern findet und so alt ist wie diese Völker selbst. Natürlich haben sich die Bedingungen und Voraussetzungen geändert, unter denen er jetzt stattfindet, und er vollzieht sich heute in den Formen, die den Verkehrsverhältnissen und den gesellschaftlichen Zuständen angepaßt sind, unter denen wir jetzt leben.

Opfer des Mädchenhandels.

Sind jene Frauen und Mädchen, die infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage und ihrer geringen Bildung geneigt sind, sich verkaufen zu lassen. Sehen wir uns die Insassen der Bordelle näher an, so finden wir, daß sie fast alle den unbemittelten und wenig gebildeten Gesellschaftsklassen angehören. Mädchen aus sozial höher stehenden Familien bilden die Ausnahme. Länder, in denen gesunde Wirtschaftsverhältnisse walten, sind an dem schmachvollen Mädchenhandel verhältnismäßig wenig beteiligt. Länder dagegen mit kümmerlicher wirtschaftlicher Entwicklung und schlechten Schulverhältnissen sind die Orte, wo die Mädchenhändler mit Vorliebe ihre Opfer suchen und auch finden. Leider haben sich auch in Deutschland seit dem unglückseligen Kriege diese Verhältnisse sehr zum Schlechteren geändert, und infolge der schlechten Verhältnisse treiben die Mädchenhändler auch in unserm Lande ihre Geschäfte mit gutem Erfolge. Eine Besserung dieser Verhältnisse läßt sich nur erwarten von einer unermüdeten Aufklärungsarbeit und von der Herstellung einer besseren Gelegenheit für Frauenerwerb.

Die Mädchenhändler.

gehen, um ihre Zwecke zu erreichen, gewissenlos vor. Der Gewinn, den sie aus ihrem Geschäft ziehen, ist ein so reicher und ein in verhältnismäßig kurzer Zeit ohne große Mühen erwerbender, daß sie keine Geldmittel scheuen, um ans Ziel zu gelangen. Reize, Reisen, nobles Auftreten, reiche Geschenke und Trinkgelder spielen bei diesem Geschäft eine Hauptrolle; die Ausgaben werden durch den Gewinn reichlich wieder gutgemacht. Mit Vorliebe bedient sich der Mädchenhändler bei seinem Geschäft der Inserate in den großen Zeitungen. Er studiert den Annoncenteil und sendet an die Mädchen, die sich als Kellnerin, Büffetfräulein, Verkäuferin usw. anbieten, Offerten mit den glänzendsten Versprechungen. Dann tritt entweder er selbst oder eine seiner Agentinnen an die Opfer persönlich heran, und unter tausend Versprechungen werden diese für eine brillante Stellung im Auslande angeworben. Oft setzen die Mädchenhändler auch selbst Inserate in die Zeitungen, in denen sie gute Stellungen im Auslande versprechen. Ja, sie scheuen auch davor nicht zurück, wenn es sich um ein besonders hübsches Mädchen handelt, ihm den Hof zu machen, sich mit ihm zu verloben und es sogar zu heiraten.

Der Mädchenhändler oder seine Agentinnen führen in der Regel auch ganze Koffer voll Kleider, Wäsche und billiger Schmuckstücke mit sich, durch deren Hingabe sie die armen Opfer betören und verlocken. Haben sie mehrere Mädchen angeworben, so verschiften sie diese nicht etwa in Trupps, sondern möglichst einzeln oder zu zweien, nur begleitet und bewacht von einer weiblichen Vertrauensperson. Erst am Bestimmungsort oder kurz vorher tritt der Mädchenhändler persönlich in Aktion, um die Mädchen in die verschiedenen Häuser abzuliefern und den klingenden Lohn für seine Müheverwaltung einzutreiben. In ihren Mitteilungen gesellschaftlicher Natur bedienen die Mädchenhändler sich gewisser Fachausdrücke, um ihr lästliches Treiben zu verbergen und sich der Verfolgung zu entziehen. Sie sprechen in ihren Geschäftsbriefen von „lebender Ware“ und telegraphieren z. B.: „5 Maß Ungarwein kommen in Belgrad an“ oder „3 Sack Kartoffeln lagern in Warna“. In Wirklichkeit handelt es sich im ersteren Falle um fünf schöne Ungarinnen, im letzteren Falle um drei weniger hübsche Mädchen.

Mit dem Mädchenhandel verwandt ist auch das Treiben der sogenannten

Impresarien für Singel-Tanzel

und ähnliche Anstalten. Diese Leute werben junge und hübsche Mädchen an, um mit ihnen das In- und Ausland zu bereisen, nachdem sie ihnen binnen weniger Wochen ein paar Tanzschritte und einige Lieder eingeübt haben. Die künstlerischen Leistungen sind oft gleich Null; es kommt bei diesen Tanzensembles, Damenkapellen usw. lediglich auf hübsches Aussehen und ungeniertes Benehmen den Herren gegenüber an. Eins aber müssen alle Mädchen verstehen: ordentlich zu trinken und mit den erschienenen Kavaliere in dem Extrazimmer sich zu unterhalten. Wehe denen, die sich hier von ausschließen wollen, schlechte Behandlung und Schläge von Seiten des Impresarios würde die Folge sein, denn hierin verstehen diese Herren, die mit dem Wirt des Lokals unter einer Decke stecken und Prozente von dem getrunkenen Champagner erhalten, keinen Spaß. Ueberaus schwer, oft ganz unmöglich ist es, an diesen geradezu skandalösen Zuständen etwas zu ändern, denn die Mädchen stehen derartig unter der Gewalt ihrer Peiniger und sind so eingeschüchtert, daß sie nur in den seltensten Fällen dazu zu bringen sind, vor Polizei oder Gericht eine wahrheitsgetreue Aussage zu machen.

Eine weitere Art des Mädchenhandels ist auch das Verschicken der Mädchen von einem öffentlichen Haus in ein anderes. Man kann hier allerdings von einem eigentlichen Handel nicht sprechen, denn die Verschickung der Mädchen geschieht mit deren Wissen und meistens auch mit deren Einwilligung. Es handelt sich hier nicht um unerzogene und unverdorben Mädchen, sondern um solche, die oft schon jahrelang dieses Leben führen. Vom moralischen Standpunkt aus ist diese Art Handel natürlich ebenso verwerflich wie der Mädchenhandel im eigentlichen Sinne.

Ueber die Mäßigkeit oder Schädlichkeit von Bordellen, öffentlichen Häusern, Freudenhäusern, maison de tolerance, wie sie auch genannt werden, ist schon viel gestritten worden, und sowohl Aerzte wie auch Geistliche, Politiker und Verwaltungsbeamte haben in dieser heißen Angelegenheit das Wort ergriffen. In den letzten Jahrzehnten ist wohl die Mehrzahl derer, die sich mit dieser schwierigen Materie befaßt haben, zu der Ansicht gekommen, daß der Schaden dieser Institute größer ist als der angebotene Nutzen, den sie gewähren, daß sie sich überlebt haben und für die heutige Zeit nicht mehr passen. In Deutschland dürfte es eigentlich gar keine Bordelle mehr geben, denn der § 180 des Reichsstrafgesetzbuches bedroht jede Kuppelerei, d. h. das Verschleißen der Unzucht, mit Strafe, und nach einer Reichsgerichtsentcheidung ist auch Bordellhalten mit polizeilicher Erlaubnis strafbar. Trotzdem haben sich aber in einer kleineren Anzahl von deutschen Städten immer Bordelle befunden, wenn dieses auch in der Deffektivität abgeleugnet wurde.

Wenn heute von der Reichsregierung ein Gesetzentwurf eingebracht werden soll, der das Halten von Bordellen im deutschen Reichsgebiet zur Unmöglichkeit macht, so ist dieses nur mit Freuden zu begrüßen.

Die Insassen der Bordelle

gehören fast alle den unbemittelten und wenig gebildeten Gesellschaftsklassen an. Diese Mädchen geraten in ganz kurzer Zeit in eine völlige Abhängigkeit von den Bordellwirten; diese nützen sie in der schamlosesten Weise aus und machen sie wirtschaftlich von sich abhängig; Bargeld bekommen sie fast nie in die Hand. Alle Einnahmen, mögen sie auch noch so hoch sein, werden für Essen und Trinken, Wohnung und besonders für die Garderobe berechnet, und zwar so, daß die Mädchen immer in der Schuld ihrer Wirte bleiben. Im Anfang versuchen zwar Mädchen, die zum erstenmal ein solches Haus bewohnen, sich anzulehnen; die Wirtinnen wissen aber jeden eigenen Willen sehr schnell zu unterdrücken, und hierbei werden sie merkwürdigerweise von den älteren Bordellinsassen unterstützt. Ist ein Mädchen aber erst einmal ein paar Monate in solchem Hause, so hört jeder eigene Wille auf, das Interesse an Vorgängen der Außenwelt erlischt, und alles dreht sich bei den unglücklichen, vertierten Geschöpfen nur darum, sich im Hause eine angenehme Stellung zu verschaffen, die buntesten Kleider zu tragen und sich mit wertlosen, auf-fallendem Schmuck, der natürlich auch von dem Bordellwirt bezogen wird, zu behängen. Die Einnahmen für Kleider, Wäsche und Schmuck sind für den Wirt oder die Wirtin ganz ungeheuer, da diese die Preise festsetzen und es dabei genau verstehen, die Mädchen durch bereitwilliges Kreditgeben in neue Schulden zu würgen.

Die Dirnen werden von den Bordellinsassen ausgezogen, von Ort zu Ort und von Land zu Land wie eine Ware verkauft.

„Nie wieder Krieg!“

Am 30. Juli finden in mehr als 200 Städten Deutschlands anlässlich der 8. Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruchs große Kundgebungen für den Weltfrieden statt unter der Parole „Nie wieder Krieg“. Am 29. und 30. Juli werden ähnliche Veranstaltungen auch in England, Frankreich, Holland, Desterreich, den Nachfolgestaaten, Skandinavien, der Schweiz, Portugal und den Vereinigten Staaten stattfinden. Die Berliner Kundgebungen sind unter Führung des Aktionsausschusses „Nie wieder Krieg“ von 30 Verbänden und 30 namhaften Politikern einberufen. Die 15 bekanntesten Schauspieler Berlins haben ihre Mitwirkung zugesagt.

Unaufgeklärte Zusammenhänge.

Der sechzigjährige Maximilian Harden, dessen zähe Lebensenergien wirklich erstaunlich sind, schrieb sechzehn Tage nach dem Attentat, im Bette liegend, ein Heft seiner „Zukunft“, in der er mit außerordentlicher Präzision das Attentat schildert, das wie durch ein Wunder nicht tödlich verlaufen ist. Politisch wichtig ist die folgende Stelle, die auf Zusammenhänge zwischen der Deutsch-nationalen Partei und den Mordorganisationen hindeutet, die noch völlig ungeklärt sind:

„Anfermann, einst Couleurstudent mit weißem Stürmer, dann Oberleutnant mit Eisenem Kreuz erster Klasse, Diebstahl und Kostgänger öffentlich umlaufender Mädchen, trat am Morgen nach dem völkisch-kehligen Verzuge, von hinten „ohne Risiko“ einem Behrlofen den Schädel einzuschlagen, in das Berliner Bureau der Deutsch-nationalen Partei und fragte nach dem Herrn v. Deyander. Nicht anwesend. Wer denn? Graf Jord. Zu diesem Grafen sprach der Herr Oberleutnant: „Ich habe gestern befehlsgemäß Harden erledigt, muß deshalb verschwinden und komme, mir Reise-geld zu holen.“ Antwort: „Ich kann da nichts machen, glaube aber, daß wir Herrn v. Deyander im Meister-Saal finden werden, kommen Sie mit.“ Das befandet Graf Jord. der behauptet, in der Etage allein, darum aufstehende zur Siftierung gemessen zu sein; die Meister-Halle habe Anfermann gerochen und sei ausgerückt. Die drei Herren blieben auf freiem Fuß.“

Mag auch Herr Graf Jord im Gebäude der Deutsch-nationalen Partei aufgestanden gewesen sein, Anfermann festzunehmen, so konnte er doch zweifellos verhindern, daß Anfermann einfach austräte. Er konnte und mußte ihm solange folgen, bis sein Entweichen unmöglich war. Zweifellos liegt hier eine Begünstigung des Attentäters vor und Graf Jord ist auf Grund des § 1 d des „Gesetzes zum Schutze der Republik“ zur Verantwortung zu ziehen. Böllig unerfindlich aber ist, daß Herr v. Deyander, Geheimer Oberregierungsrat, Vortragender Rat z. D., noch auf freiem Fuß ist. Seine Mitwirkung scheint außer Zweifel zu stehen. Der Preussische Landtag, dessen Mitglied Herr v. Deyander ist, muß sich sofort mit der Frage der Aufhebung oder Immunität des Grafen v. Jord beschäftigen, um eine völlige Aufklärung und Strafverfolgung zu ermöglichen. Die Behörde hat die Pflicht, diesen Feststellungen nachzugehen und nicht zu rasten noch zu ruhen, bis in die dunklen Zusammenhänge zwischen der Deutsch-nationalen und den Mordorganisationen hineinzuweisen. Nicht eher wird Ruhe in Deutschland herrschen, als bis die feudalen Fehler und Helfershelfer, die hinter den Morden stehen, in ihrer doppelten Moral entlarvt sind.

Volkswirtschaft

Ein genossenschaftliches Bekleidungswerk.

Mit einem Kapital von 10 Millionen Mark ist in Dresden die Gesellschaft Sächsisches Bekleidungswerk errichtet worden. Daran ist beteiligt die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit acht Teilen, die Produktivgenossenschaft der Schneider in Seiffenmorsdorf und Dresden, sowie die Sächsische Staatsbank mit je einem Teil. Diese Gesellschaft bezweckt nach ihrem Geschäftsvertrag die Übernahme des Reichsbekleidungsamts Dresden, die Herstellung von Bekleidungsgegenständen aller Art, deren Vertrieb, den Erwerb ähnlicher Unternehmungen und die Beteiligung an solchen. Das Bekleidungsamt Dresden hatte nach seiner ursprünglichen Bestimmung die ehemals sächsischen Kontingente des deutschen Heeres mit Kleidung und Schuhwerk zu versorgen. Die Betriebsanlagen enthalten umfangreiche und zweckmäßig ausgestattete Werkstätten für Schneiderei und Schuhmacherei. Die neu errichtete Gesellschaft hat die gesamten Anlagen auf 30 Jahre mietweise, die Betriebseinrichtungen, Maschinen, Werkzeuge und Inventargegenstände käuflich übernommen. Der gesamte Betrieb wird nunmehr für die neue Aufgabe umgestaltet, die maschinellen Anlagen und technischen Einrichtungen ausgebaut und, soweit dieses notwendig ist, erweitert und vervollkommen werden. Mit der Errichtung des sächsischen Bekleidungsamtes ist ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen entstanden, das die gesamten angefertigten Bekleidungsgegenstände unter Ausschaltung privater Erwerbsinteressen restlos dem unmittelbaren Verbrauch zuführen wird.

Devisen-Kurse.

Berlin, 25. Juli.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	24. Juli.	22. Juli.
Amsterdam	100 fl.	19625.40
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	4016.95
Kristiania	100 Kr.	8514.80
Kopenhagen	100 Kr.	10861.40
Stockholm	100 Kr.	13008.70
Helsingfors	100 Finn. Mk.	1093.70
Rom	100 Lire	2387.05
London	1 £	2387.05
New York	1 Doll.	502.37
Paris	100 Frs.	4224.70
Zürich	100 Frs.	9488.10
Madrid	100 Pesetas	7776.25
Wien	100 K.	1.63
Prag	100 K.	1086.60
Budapest	100 K.	31.96

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 23. Juli: D. Ludm. Kolberg von Malmo in 16 Std., D. Transport von Göteborg in 1 1/2 Tg., S. Kranke von Odensee in 2 Tg., S. Regriva von Odensee in 2 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Verfassungen August Schuch; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in Lübeck.

Berliner USP. und Einigung.

Ueber die Funktionärsversammlung der Berliner USP-Funktionäre veröffentlicht die „Freiheit“ einen ausführlichen Bericht, dem wir folgenden entnehmen:

Ledebour als Korreferent trat Levi scharf entgegen. Als Unabhängige, sagte er, werden wir nie in die Regierung kommen, das geben die Bürgerlichen nicht zu. Wir müssen erst Rechtssozialisten werden, um Minister werden zu können. Einseitiges Verhandeln mit der SPD. führe nicht zur Einigung, sondern zu neuer Zersplitterung. Sollte man sich mit Rosta vereinigen, da mache er nicht mit. Ledebour beantragte eine Resolution, wonach die volle Selbständigkeit der USP. unbedingt aufrechterhalten werden muß.

In der Debatte bezeugte Ulmer unter großem Tumult, der ihn zum Abtreten veranlaßte, Ledebours Rede als jämmerliche und kleinliche Demagogie. — Minister sprach gegen Koalition und Einigung. — Breitscheid erklärte, es gebe kein Zurück, die Unabhängigen müßten ihre Ideen aufrechterhalten, auch in der kommenden einheitlichen Gesamtpartei. — Hilferding sagte unter lebhaftem Beifall: „Der Parteitag muß die Einigung zur Wirklichkeit machen!“ — In gleichem Sinne sprachen Ella Seger und Rieffstahl. Dittmann erklärte, die verschiedenartige Behandlung, die die Bürgerlichen den Sozialisten beider Fraktionen zuteil werden lassen, zeige ihre Absicht, die Bewegung zu zersplittern und zu lähmen. Gerade deshalb sei die Zeit reif, um an die Einigung heranzutreten. (Stürmischer Beifall.)

In seinem Schlusswort sagte Ledebour: Die SPD. sei zur Verschmelzung noch nicht reif. Es könne Parteipflicht sein, die Disziplin zu brechen. — Levi wandte sich scharf gegen die Kommunisten und schloß: Wir wollen die Einigung. Ob sie kommt, dazu hat jetzt das Wort die SPD.

Die Resolution Ledebour wurde mit 1100 gegen 100 Stimmen abgelehnt und mit der gleichen Mehrheit die schon bekannte Resolution angenommen.

Darauf ist anzunehmen, daß im Fall der Einigung eine kleine von Ledebour geführte Gruppe abspalten wird.

Die Kulturkünde von Niederschönenfeld.

München, 22. Juli. (Drahtbericht.)

Ueber den Straßpöbelzug in Niederschönenfeld werden folgende Einzelheiten bekannt: Seit der Ermordung Rathenau werden keine Zeitungen, auch keine bürgerlichen Zeitungen mehr an die Gefangenen abgegeben, so daß sie sich über das Reichsamt nicht informieren können. Die Zeitungskritiken über Tollers „Maschinenstürmer“ wurden dem Verfasser nicht ausgehändigt. Auch die Bitte, die Kritiken in ausgeschnittener Form ihm zuzusenden, wurde abgelehnt. Das Heberbesetzungsexemplar eines andern Dramas von Toller wurde beschlagnahmt. Ebenso die Glückwunschkarten der Aufführung von Tollers „Maschinenstürmer“. Eine Beschlagnahme, da das Reichsjustizministerium keine vorgelegte Beschlagnahme, die Gefangenen werden wegen geringfügiger Disziplinärstrafen neuerdings in Zellen eingesperrt, die 1,60 Meter breit und 3,60 Meter lang sind.

Deutsch-polnisches Vorabkommen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau haben am 20. Juli zum Abschluß eines Vorabkommens geführt. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Abkommens besagen:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, Gesuche um Ausfuhr nach Polen ebenso zu behandeln wie die Ausfuhr nach allen anderen Ländern.

2. Polen verpflichtet sich, Deutschland den Transit durch Polen nach Rußland zu gewähren.

Zur Ausgestaltung dieses Abkommens werden um den 1. September die Verhandlungen in Dresden und Warschau beginnen. Es ist geplant, sechs Kommissionen zur Prüfung der ganzen Materie einzusetzen.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 25. Juli.

Die neuen Sätze der Einkommensteuer.

Infolge der eingetretenen Geldentwertung ist in dem Einkommensteuergesetz die Grenze für den 10prozentigen Steuerabzug von 50 000 Mk. auf 100 000 Mk. heraufgehoben worden. Daburch wird das Gros der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht zur Selbstveranlagung kommen und werden die Finanzämter, die ohnehin mit Arbeit stark überlastet sind, davor bewahrt, ungefähr 15 Millionen Steuerdeklarationen mehr als künstlich zu bearbeiten.

Durch die vorgenommene Wänderung ergibt sich sowohl für die unteren wie auch die mittleren Einkommen eine sehr erhebliche Entlastung.

Bisher betrug die Einkommensteuer:

10 Prozent für die ersten	50 000 Mk.
15 " " " " nächsten	100 000 "
20 " " " " "	20 000 "
25 " " " " "	20 000 "
30 " " " " "	100 000 "
35 " " " " "	100 000 "
40 " " " " "	200 000 "
45 " " " " "	500 000 "
50 " " " " "	500 000 "
55 " " " " "	500 000 "

für die weiteren Beträge 60 vom Hundert.

Nach dem neuen Gesetz beträgt die Einkommensteuer:

10 Prozent für die ersten	100 000 Mk.
15 " " " " nächsten	50 000 "
20 " " " " "	50 000 "
25 " " " " "	50 000 "
30 " " " " "	150 000 "
35 " " " " "	200 000 "
40 " " " " "	200 000 "
45 " " " " "	200 000 "
50 " " " " "	1 000 000 "
55 " " " " "	1 000 000 "

für die weiteren Beträge 60 vom Hundert.

Bisher waren von einem Jahreseinkommen von 100 000 Mk. ohne die gesetzlichen Abzüge, 25 000 Mk. zu zahlen, während jetzt nur noch von 10 000 Mk. zu entrichten sind. Eine Beamten-, Angestellten- oder Arbeiterfamilie, die drei Kinder hat und ein Jahreseinkommen von 100 000 Mk. erzielt, konnte nach dem alten Gesetz 21 000 Mk. vom Einkommen in Abzug bringen und mußte 49 200 Mk. Steuern entrichten. Nach dem neuen Gesetz können 49 200 Mk. in Abzug gebracht werden, die Steuer beträgt nur 6090 Mk.

Die jährlichen Abzüge vom Einkommen betragen:

altes Gesetz:		neues Gesetz:	
Werbungskosten	5 400 Mk.	10 800 Mk.	
für den Mann	2 400 "	4 800 "	
für die Ehefrau	2 400 "	4 800 "	
für jedes Kind	3 600 "	9 600 "	

Auf den Monat berechnet betragen die Abzüge von der Steuer:

altes Gesetz:		neues Gesetz:	
Werbungskosten	45 Mk.	90 Mk.	
für den Mann	20 "	40 "	
für die Ehefrau	20 "	40 "	
für jedes Kind	30 "	80 "	

Für eine Familie mit einem Kinde konnten somit bisher monatlich 115 Mk. von der Steuer in Abzug gebracht werden, während es jetzt 250 Mk. sind. Der Abzug erhöht sich bei zwei Kindern auf 330 Mk., bei drei Kindern auf 410 Mk., bei vier Kindern auf 490 Mk., bei fünf Kindern auf 570 Mk., bei sechs Kindern auf 650 Mk. usw., während die Abzüge nach dem alten Gesetz bei sechs Kindern monatlich nur 265 Mk. betragen.

Wochenweise verrechnet betragen die Abzüge:

altes Gesetz:		neues Gesetz:	
Werbungskosten	10,80 Mk.	21,60 Mk.	
für den Mann	4,80 "	9,60 "	
für die Ehefrau	4,80 "	9,60 "	
für jedes Kind	7,20 "	19,20 "	

Somit hat der Arbeiter, der einen Wochenverdienst von 1200 Mark erzielt, wenn er ledig ist, 88,80 Mk. an Steuern zu entrichten, ist er verheiratet und kinderlos 79,20 Mk., ist er verheiratet und hat ein Kind, zahlt er 60 Mk. Steuern, mit vier Kindern hat er nur noch 2,40 Mk. wöchentlich an Steuern zu entrichten.

Von den Veranlagungspflichtigen konnten bisher 3000 Mk., die für Lebensversicherungen ausgegeben wurden, vom Einkommen in Abzug gebracht werden. Diese Summe ist auf 8000 Mk. erhöht und außerdem hat im Gesetz eine Bestimmung Aufnahme gefunden, wonach Spareinlagen bis zu einem Betrage von 8000 Mk. jährlich, sofern die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall oder für den Fall des Erlebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als 20 Jahren vereinbart ist und die Vereinbarung unter Verzicht beider Vertragsparteien auf eine Wänderung oder Aufhebung dem zuständigen Finanzamt angezeigt wird, vom Einkommen ebenfalls in Abzug gebracht werden können.

Das Gesetz tritt am 1. August ds. Js. in Kraft.

*

Nachbewilligung für das Stadttheater. Die für das Jahr 1921 zur Verfügung gestellten Mittel haben zur Deckung der Ausgaben nicht überall ausgereicht. Die Mehrausgaben haben insgesamt 177 730,96 Mk. betragen, während bei einigen Ansätzen Ersparungen von 7958,92 gemacht worden sind, sodas 169 772,04 Mark mehr ausgegeben als zur Verfügung gestellt worden sind. Da das Rechnungsjahr der Theaterbehörde von Juni bis Juni läuft und besonders in den letzten Monaten die Preise und Kosten für Arbeiten und Lieferungen, für Löhne und Feuerungsmaterial ganz bedeutend in die Höhe gegangen sind, infolge der anhaltenden kalten Witterung noch bis gegen Mitte Mai im Theater geheizt werden mußte, so ist, wie die Theaterbehörde berichtet, schon hiermit ein großer Teil der Ueberschreitungen begründet. Die Ueberschreitungen haben betragen bei Tit. „Persönliche Kosten“: Löhne der Arbeiter usw. 82 082,45 Mk., Beiträge auf Grund der RVO. 67 69,50 Mk. und Feuerwachen 1551,25 Mk., zusammen 90 403,20 Mk. Die Löhne der Arbeiter sind wiederholt erheblich erhöht worden, ebenso die Versicherungsbeiträge. Auch die Gebühren für die Feuerwachen sind neu festgesetzt worden. Die „Sachlichen Kosten“ sind um 67 668,84 Mk. überschritten worden, während bei einigen Ansätzen 5374,45 Mk. erspart worden sind, sodas 62 294,39 Mk. mehr ausgegeben als veranschlagt worden sind. Die Mehrausgaben liegen in der „Baulichen Unterhaltung und den Venderungen“ mit 2814,22 Mk., in der Unterhaltung der Heizungsanlagen, der Feuerwachen usw. mit 3695,64 Mk., in der Heizung und Lüftung mit 46 755,72 Mk., in den Kosten der Reinigung mit 11 125,36 Mk., in Zahlung von 310 Mk. Kofettabgaben und in der Feuerversicherung der Bühneneinrichtung, des Inventars und des Fundus mit 2967,90 Mk. Durch Sturmchäden am Dach sind unerwartete Ausgaben erwachsen. Die Feuerversicherung der Bühneneinrichtung, Fundus usw. ist auf den 15fachen Betrag des Friedenswertes erhöht worden. Bei den „Einmaligen“ Bewilligungen sind 6072,52 Mk. erspart worden. — Die Theaterbehörde hat sich im Hinblick auf den gesunkenen Geldwert veranlaßt gesehen, die dem Direktor von Bongardt vertraglich zustehende monatliche Vergütung von 2000 Mk. vom 1. Januar d. J. ab auf 3000 Mk. zu erhöhen. Hierdurch sind die veranschlagten 24 000 Mk. um 15 000 Mk. überschritten worden. — Die Abrechnung des Direktors von Bongardt über den Theaterbetrieb sowie über das Theater- und Sinfonieorchesterschlicht mit einem Fehlbetrag von 16 244,18 Mk. ab. Der Fehlbetrag ist bei den Dreierveranstaltungen entstanden, die einen Unterfuß von 78 227,09 Mk. ergeben, der in die Betriebsabrechnung für das Stadttheater mit aufgenommen worden ist; letztere würde sonst mit einem Ueberschuß abgeschlossen haben. Infolge der ständig steigenden Feuerung mußte der Theaterleiter wiederholt auf Anraten der Theaterbehörde Zulagen an das künstlerische Personal zahlen, die das Ergebnis des Theaterbetriebes beeinträchtigt und die Erzielung einer angemessenen Vergütung für den Direktor unmöglich machten. Diese muß ihm jedoch zuteil werden. Es wird daher beantragt, den Zuschuß an den Direktor um 81 000 Mk. zu erhöhen. Die Theaterbehörde beantragt, daß ihr 169 772,04 Mk. nachbewilligt werden und daß ihr ferner zur Deckung des Fehlbetrages in der Abrechnung über den Theaterbetrieb für das Rechnungsjahr 1921 der Betrag von 97 244,18 Mk. zur Verfügung gestellt werde. Der Senat stellt einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Der Streik auf der Ueberlandzentrale beendet.

Montag abend beschloß die Belegschaft der Ueberlandzentrale, den Streik zu beenden. Die Arbeit wurde bereits um 10 Uhr abends wieder aufgenommen. Auch die Arbeiter der industriellen Betriebe, die wegen Strommangels feiern mußten, konnten heute früh die Arbeit wieder aufnehmen. Die Straßenbahn verkehrt seit heute morgen wieder. Die Streikenden erhalten für den Monat August einen Stundenlohn von 36,50 Mk. Sie haben also durch den Streik eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. pro Stunde erreicht. Außerdem wurde vereinbart, daß die im August in der Metallbranche in Kraft tretenden Lohnzulagen auch die Ueberlandzentrale zahlen muß. — Wenn man sich dieses Ergebnis vor Augen führt und bedenkt, welche schwere wirtschaftliche Schädigung der Kampf zur Folge hatte, dann wird jeder lebhaft bedauern, daß eine Einigung nicht schon längst erreicht worden ist.

*

Die Hundstage. Am 23. Juli, an dem Tage, da die Sonne in das Zeichen des Löwen tritt, beginnen die Hundstage. Sie endigen am 23. August. Zur Deutung der Hundstage, das Wort „Hundehöhe“ scheint dem auch keine Entschlung zu verdanken, hat der Volksmund häufig unsere braven Vierfüßler herangezogen. Auch sonst wird den Hundstagen allerhand zugeschrieben. Gewöhnlich taucht auch die Seeschlange auf; für manches Produkt journalistischer Tätigkeit werden die Hundstage verantwortlich gemacht. Ob mit Recht oder Unrecht, mag dahingestellt bleiben. In Wirklichkeit geht der Ursprung des Wortes Hundstage auf den schönsten Fixstern unseres Himmels, den Sirius, zurück. Dieser heißt auch Hundstern, da er der Hauptstern in dem Sternbild des Großen Hundes ist. Wenn der Sirius wieder aus den Strahlen der Sonne tritt und zum ersten Mal vor ihr am Morgenhimmel erscheint, dann beginnen die Hundstage. Ob sie auch in diesem Jahre Hundehöhe bringen, mag sonst wer wissen. Manah einer weiß bald gar nicht mehr, wie schön Wetter ausfällt. Mal regnet es Bindfäden, mal druppelt es, aber naß kommt es immer von oben und dringt durch die unedlichen Sohlen, deren Dichtigkeit man kaum dann noch erzielen kann, wenn man selbst Preise über den Weltmarkt anlegt. Und dieses Sauwetter haben wir ausgerechnet in den großen Ferien. Es scheint, als ob die Natur es in diesem Jahre darauf angelegt hat, gerade das Gegenteil von dem zu vollbringen, was wir Menschen uns wünschen.

Deutscher-Nordischer Verkehrs-Verband. Seit dem Jahre 1907 bestand unter einer Reihe deutscher und skandinavischer Verkehrsvereine unter Führung des Hamburger Vereins ein Verband, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, für die um die Olfen belegenen und mit diesen in Verbindung stehenden Städte und Landshäfen gemeinsam für die Hebung des Fremdenverkehrs zu wirken. Mit dem Kriegsbeginn mußte der Verband, der insbesondere auf der Ausstellung in Malmö 1914 hervorragend vertreten war, seine Tätigkeit einstellen. Alle Versuche, nach Beendigung des Krieges die Fäden wieder zu knüpfen, waren bisher vergeblich und erst das 25jährige Stiftungsfest des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs in Lübeck gab auf Einladung dieses Vereins in letzter Woche Veranlassung, den Verband wieder aufleben zu lassen. Bei der Wiedereröffnungs-Zusammenkunft waren neben dem einladenden Verein die Vereine aus Stettin, Rostock, Hamburg vertreten und die Vereine zu Kopenhagen, Stockholm und Christiania hatten ihr Erscheinen zugesagt, waren aber im letzten Augenblick verhindert. Zugelassen hatten ferner die Vereine in Kiel, Bergen, Malmö, Trondjem u. a. Der Verband wurde aufs neue konstituiert und Hamburg und seinem Vorsitzenden, Herrn Oberlandesgerichtsrat Jöhling die Leitung übertragen. Die ersten Maßnahmen sollen sich auf Verbreitung des noch vorhandenen Führermaterials in deutscher, den nordischen und der englischen Sprache auf den nordischen und amerikanischen Schifffahrtslinien erstrecken und weiter ist eine Erneuerung des Führermaterials für das nächste Jahr in Aussicht genommen. — Die nächste Zusammenkunft soll aus Anlaß der Uebersee-Woche in Hamburg stattfinden.

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Cider.

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

So wurde es eine ziemlich schweigsame Fahrt. Einmal mußten sie unterwegs einkehren, die Pferde wurden gefüttert. Kolf trat mit seiner Tochter in die Schenke. Er trank einen Weingrog und ließ Andrees einen herausbringen.

Nach einer Viertelstunde ging die Fahrt weiter. Andrees sah, und Kolf zeigte ihm den Weg. Sie sprachen Dinge, die die Landwirtschaft betrafen. Wieble wurde die Zeit endlos lang.

Endlich, nach einer fast fünfständigen Fahrt, drehte sich der Vater nach ihr um, wies auf ein engeres Liegendes, von Bäumen umschattetes Haus, und sagte: „Da liegt Heisterneß.“ Der Wagen fuhr einen schmalen, sandigen Landweg entlang. Der Weg war so eng, daß Wieble vom Wagen aus die Zweige der Aufbäume zu beiden Seiten des Weges greifen konnte; sie fühlte nur keine Lust zu solchem Beginnen.

Keine Menschenseele war zu sehen. Kein Fuhrwerk begegnete ihnen, und das war gut; denn es wäre kein Raum zum Ausweichen gewesen.

Sie kamen nur langsam in dem tiefen Sande vorwärts. Vor ihnen lag ein Feld, in dem das Winterkorn reimte und grüne Halme trieb. „Wie fruchtbar die Gegend hier ist,“ dachte Wieble. Und als sie dies dachte, blickten ihre Augen auf ein großes, weites, braunes Bruchfeld, auf dem nicht ein bißchen grünes Leben sproßte.

Endlich hielt der Wagen unter den hohen Eichen Heisterneßs, vor dem großen, niedrigen, schiffbedeckten Hause.

Wiebles Blick glitt an den kleinen, buntschillernden Fenstern entlang, bis zu dem Dachfenster, in dessen offener Höhlung ein Strohwisch froste, und weiter hinauf bis zu dem Storchneß auf dem Giebel.

Die Männer stiegen von dem Wagen herunter, und Wieble folgte ihnen ins Haus. Drinnen rührte sich nichts; es schien wie ausgestorben zu sein. Als sie die Haustür öffnete, flatterte eine Gans gackernd empor und suchte den Weg nach der Küche.

Die Angestellten folgten ihr. Sie guckten in die Stuben und Kammern und gingen weiter in den Stall. Dort trafen sie Mutter Gitta mit ihrem Stricktrampf auf einem Melkstuhl bei der Kuh sitzen; zu ihren Füßen schnurrte eine Katze, und nebenan lag das Schwein. Die Alte, welche sich wohl allein im dem

großen Hause gefürchtet hatte, fühlte sich augenscheinlich bei ihren Tieren am wohlsten.

Sie hörte nicht die Kommenden und strickte emsig weiter. Erst als Kolf Andrees sie am Arm faßte und laut anrief, blickte sie auf. Es mußte ihr ins Ohr geschrien werden, daß ihre Herrschaft angekommen sei.

Es waren noch keine zwei Wochen verfloßen, seitdem Kolf sie verlassen hatte, aber diese Tage schienen Jahre gewesen zu sein. Die Alte hörte viel schlechter als das letzte Mal, und ihre Augen schienen halb erloschen zu sein. Körperlich war sie noch ganz rüstig; sie eilte, so schnell es ihre alten Beine erlaubten, ein Mittagsgemahl zu bereiten.

Bald stand ein duffender, dicker Speckpfannkuchen auf dem Tisch, außen goldbraun, innen dottergelb und locker. Dazu gab es gebratene Kartoffeln und rosenroten Schinken.

Sie setzten sich um den runden Tisch; der Bauer, Wieble, Gitta und Andrees. Letzteren rief der Bauer selbst herein.

Wieble wollte protestieren, der Knecht gehöre nicht an den Herrschaftstisch. Aber sie überlegte, daß dann auch Gitta nicht an dem Tisch essen dürfte, und daß sie dann gezwungen wäre, Tag für Tag allein zu essen und für drei Portionen zwei Tische einzurichten.

So schwieg sie, und Andrees saß bei Tisch ihr gegenüber. Sie beobachtete ihn scharf. Er saß da, als hätte er zettelens am Herrschaftstisch gegessen, und zeigte keine Spur von Befangenheit. Er zerschneidte alles, was er auf dem Teller hatte, legte dann das Messer beiseite und aß.

Endlich war das Essen vorbei. Die Männer gingen hinaus. Wieble erhob sich, um sich im Hause ein wenig umzusehen.

„Das ist wohl der Bruder?“ fragte Gitta. Sie meinte Andrees. Sie hatte nicht alles verstanden, was der Bauer ihr ins Ohr geschrien hatte.

„Nein, das ist der Knecht,“ sagte Wieble so laut, daß nicht nur Gitta, sondern auch Andrees draußen es hörte.

Kolf machte mit dem jungen Mann noch einen kleinen Rundgang durchs Feld. Er sah nach den Wolken, die am Himmel randaufzogen, er blickte empor nach den Eichen, die in den Bäumen saßen und freischwebten.

„Es muß manches hier fallen,“ sagte er, „die Bäume sind über das Haus hinausgewachsen, und das Raubvogelzug nimmt überhand. Ich glaube kaum, daß selbst im schönsten Sommer ein Sonnenstrahl in das Haus fällt. Tue, was Du gut dünkst. Tue alles gerade so, als ob Du es für Dich selber tätest; ich hoffe, Heisterneß wird Dir noch mal eine Heimat werden. Ob Wieble es hier lange aushält, weiß ich nicht. Es wäre mir lieb, wenn

sie ein oder zwei Jahre hier bliebe, bis sich auf Rehwischhof die Sache geändert hat, so oder so. Tue ihr alles zuliebe, Andrees, sie ist ja mein einz— mein Kind —, aber laß Dir nichts befehlen von ihr. Du bist jetzt der Verwalter hier, und kein Knecht.“

Als er mit Kolf Abschied von Wieble nahm, jag er sie beiseite. „Sei nett zu Andrees,“ sagte er, „jehi ist er nicht mehr Knecht, sondern Verwalter. Du brauchst Dich nicht zu schämen, mit ihm an einem Tisch zu sitzen und mal ein Wort mit ihm zu sprechen.“

„An meiner Stellung ihm gegenüber ändert das gar nichts,“ entgegnete Wieble; „meinetwegen mag er mit am Tisch essen. Im übrigen kümmere ich mich nicht um ihn.“

Als Kolf abfuhr, standen sowohl Wieble als auch Andrees vor der Tür, und als er sie so nebeneinander stehen sah, wie dafür geschaffen, nebeneinander durchs Leben zu gehen, glitt ein Lächeln der Befriedigung über seine Lippen. Er wußte sie beide in gegenseitiger guter Obhut.

Es war doch ein merkwürdiges Leben auf Heisterneß. Wohl war es auch auf Rehwischhof düster gewesen, kein freundlicher Geist hatte dort geherrschet, aber der graue Mittag mit seinem müdem Eimerlein hatte die dunklen Gespenster in Schwach gehalten. Es gab nichts Unheimliches und Rätselhaftes auf Rehwischhof, keine Spukgestalt, kein Gespenst.

Hier auf Heisterneß war es anders. Morgens schon wurde Wieble durch das Schreien und Krächzen der Eiern geweckt. Sie lag dann lange wach und horchte auf das Rascheln der Pappeln und Eichen. Kein Sonnenstrahl kam, um sie zu wecken. Die hohen Bäume umgaben das Haus gleich gewaltigen finsternen Mächten; Wohin Wieble auch blickte, morgens, abends oder selbst am hellen Mittag, immer erschien ihr Heisterneß unheimlich in seiner Einsamkeit und seiner seltsamen Umgebung.

Wieble überlegte, womit sie den Tag ausfüllen sollte. Zuerst kam die Hausarbeit; die war bald getan, da sie ihrer zwei waren. Andrees übernahm den Stall und Feld. Das Essen wollte sie selbst besorgen. Am Nachmittag ein wenig Handarbeit machen, abends etwas lesen, inzwischen war ein bißchen spazieren gehen.

Aber sie merkte bald, es wurde ein langer Tag. Hier gab es keine Zeitung, keine Nachbarinnen. Man konnte nicht ins Dorf gehen. Es gab keine Neuigkeiten zu besprechen, keine Dienstboten, über die man sich ärgern konnte. Man ging des Sonntags nicht in die Kirche.

(Fortsetzung folgt.)

